

NEWSLETTER

des SPD-Landtagsabgeordneten Wiard Siebels

- FÜR MITGLIEDER IM WAHLKREIS - ALS DOWNLOAD - IM ABO -

59. Ausgabe / 24. September 2019



LIEBE LESERINNEN UND LIEBE LESER,

keine einfachen Zeiten für die SPD! Die Wahlergebnisse bei Landtagswahlen im Osten aber auch das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl in Emden müssen uns in höchstem Maße beunruhigen.

Auch wenn die Ergebnisse sich unterscheiden, auch wenn sie nicht in allen Fällen direkt vergleichbar sind, wird doch eines deutlich: in der SPD muss sich was tun, wenn wir bei den Wählerinnen und Wählern wieder Erfolg haben wollen.

Wir nehmen uns jetzt gemeinsam die Zeit, eine neue Führung

Weiter auf Seite 6



DEM RECHTSEXTREMISMUS ÜBERALL DIE STIRN BIETEN

Aus unserer Sicht ist die AfD in Niedersachsen in weiten Teilen rechtsextrem oder tendiert zunehmend in diese Richtung, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Wiard Siebels, der parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion.

Nicht zuletzt der gemeinsame Aufmarsch mit Neonazis am Tag der offenen Tür des Niedersächsischen Landtags unter AfD-Flagge habe dies noch einmal ganz klar verdeutlicht.

„Zu dieser Entwicklung mögen auch die innerparteilichen Machtkämpfe und die Wahlergebnisse der ostdeutschen Landesverbände der AfD beitragen, die von Vertretern des rechtsextremen »Flügels« der Partei dominiert werden.“ sagte Siebels in

seinem Statement zur Debatte über die AfD in Niedersachsen weiter.

Für uns als Sozialdemokraten stehe fest, dass wir der AfD bei klaren Grenzüberschreitungen und Angriffen auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung immer und überall die Stirn bieten werden.

Der Niedersächsische Innenminister Boris Pistorius habe sich in Niedersachsen und

auf Bundesebene immer dafür eingesetzt, die verfassungsfeindlichen Tendenzen innerhalb der AfD klar als solche zu benennen und durch die Sicherheitsbehörden überprüfen zu lassen, wo dies geboten und notwendig erscheint.

Siebels warnte: „Wir dürfen der AfD allerdings nicht den Gefallen tun, ihre bemitleidenswerte Außendarstellung auch noch zu unterstützen, indem wir ihr ermöglichen, sich pauschal als Opfer des Systems zu inszenieren.“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz habe die Partei „Alternative für Deutschland“ inzwischen zu einem Prüffall erklärt. Es lägen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass die AfD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorgehe.

Zu diesen Anhaltspunkten hätten maßgeblich die von den Bundesländern zugelieferten Materialien beigetragen. Ab jetzt würden öffentlich zugängliche Informationen systematisch ausgewertet und gesammelt. „Ich halte das für einen sehr richtigen, füge allerdings hinzu, auch überfälligen Schritt!“ bekräftigt Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius. ■

NDS. KLIMAGESETZ KURZ VOR DER EINBRINGUNG

Im Niedersächsischen Landtag ist jetzt der Weg frei, den gemeinsamen Entwurf des Klimagesetzes von SPD und CDU im kommenden Oktober im Plenum einzubringen. Die Vorsitzenden der Regierungsfractionen von SPD und CDU, Johanne Modder und Dirk Toepffer, erklären dazu: „Mit dem niedersächsischen Klimagesetz macht die rot-schwarze Regierungskoalition deutlich, welchen Stellenwert der Klimaschutz für uns hat. Niedersachsen setzt sich mit diesem Gesetz klare Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen, zum Schutz und Ausbau von Kohlenstoffspeichern und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.“ Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels, hob dabei die geplante Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in die Landesverfassung hervor: „Mit der Verankerung des Klimaschutzes in der Landesverfassung wird Niedersachsen eine Vorreiterrolle in der Bundesrepublik einnehmen. Klar ist aber auch, dass dies mit einem klar formulierten Maßnahmenkatalog flankiert werden muss, den wir in den kommenden Wochen und Monaten erarbeiten werden.“ So sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken, bis 2050 werde sogar eine Reduktion von 80 bis 95 Prozent angestrebt. ■

SIEBELS: LEHREN AUS DEM MOORBRAND JETZT ZIEHEN

Vor einem Jahr wurde nordöstlich der Stadt Meppen auf dem Gelände der Wehrtechnischen Dienststelle 91 der Bundeswehr durch eine fahrlässige Raketenenerprobung unbeabsichtigt ein Feuer ausgelöst und so eine mehr als 1.000 Hektar große Fläche des Moores sowie der angrenzenden Trockenflächen in Brand gesetzt. „Ich möchte allen Einsatzkräften und freiwilligen Helfern, die ihr Leben bei der Brandbekämpfung in Gefahr gebracht haben, im Namen der SPD-Landtagsfraktion danken. Das Löschen von Schwelbränden sowie die Lokalisierung von Glutnestern ist eine herausfordernde Tätigkeit – 1.700 Einsatzkräfte haben wochenlang eine beeindruckende, aufopferungsvolle Arbeit geleistet!“, so der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels. Nicht nur die Folgen für die Umwelt seien verheerend, sondern auch die Entschädigungs- sowie die Einsatzkosten, die im Abschlussbericht des Moorbrandes mit 8 Mio. Euro beziffert wurden. Inzwischen habe sich die Summe mehr als verdoppelt. Nun sei es an der Bundeswehr, noch ausstehende Zahlungen an Kommunen und Bürger zu leisten, zur Wiederherstellung der Natur und des Moores beizutragen und verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. ■

DEM RADVERKEHR MEHR BEDEUTUNG VERSCHAFFEN

„Die Stärkung des Radverkehrs ist und bleibt ein zentraler Punkt bei der Umsetzung der Mobilitätswende. Eine Erhöhung der Anteile des Radverkehrs gelingt aber nur, wenn infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen werden und die Sicherheit für die Radfahrer verbessert wird. „, sagt der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels. Der Gesetzentwurf des Landes sehe deshalb auch eine Erleichterung bei der Planung und Umsetzung des Radwegebaus vor. „Wir als SPD-Landtagsfraktion begrüßen die Stärkung des Radverkehrs. Damit wird das Fahrrad als klimaneutraler Verkehrsträger weiter gefördert.“ so Siebels weiter. Im Haushaltsjahr 2019 seien mit 10 Mio. Euro bereits doppelt so viel Geld für die Sanierung von Radwegen an Landesstraßen bereitgestellt worden als zuvor. Weitere 5 Mio. Euro seien für den Neubau von Radwegen. Das alles stehe im Zeichen einer konsequenten Weiterführung der Maßnahmen zur Mobilitätswende. „Wir wollen für eine dauerhafte Erhöhung der Mittel für den Neubau und die Sanierung von Radwegen sorgen. Nur so kommen wir voran!“ sagte Siebels. Darüber hinaus sollen jetzt alle Bautätigkeiten im Straßenbau durch Vereinfachung des Planfeststellungsverfahrens und den Abbau weiterer bürokratischer Hindernisse beschleunigt werden. ■



GENÜGENDE ZEIT MITGEBRACHT hatte Björn Thümler, Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur, als er in Begleitung des Landtagsabgeordneten Wiard Siebels die Ostfriesische Landschaft in Aurich besuchte. Interessiert ließ sich der Christdemokrat drei Stunden lang von Landschaftsdirektor Dr. Rolf Bärenfänger, Landschaftspräsident Rico Mecklenburg sowie den beiden Archäologen Dr. Jan Kegler und Dr. Sonja König das erarbeitete Konzept und die Notwendigkeit eines Sammlungszentrums für historisches ostfriesisches Kulturgut (ShoK) erläutern. Die Ostfriesische Landschaft hat im vorigen Jahr die Kleiderkammer der ehemaligen Auricher Blücherkaserne gekauft und beabsichtigt, dieses Gebäude mittelfristig zu sanieren und zum einem zentralen Magazin umzubauen. Dafür braucht der Kommunalverband die finanzielle Unterstützung des Landes.



BORIS PISTORIUS, der Niedersächsische Innenminister, at für seine Bewerbung um den Bundesvorsitz der Sozialdemokraten die volle Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes Niedersachsen. Am 23. August hat der SPD-Bezirksvorstand Weser-Ems Boris Pistorius und Petra Köpping für den Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nominiert. Die 1958 in Nordhausen am Südharz geborene SPD-Politikerin ist seit 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags und seit 2014 Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration. Gemeinsam bildet sie mit Boris Pistorius ein Tandem, das sich bei den Genossinnen und Genossen um den Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bewirbt.

WIARD SIEBELS: SPD BEFÜRWORTET EINE BEFRAGUNG VON MINISTERPRÄSIDENT STEPHAN WEIL DURCH DAS PARLAMENT



Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag begrüßt die Initiative zur Einführung einer turnusmäßigen Befragung des Ministerpräsidenten im Niedersächsischen Landtag. Auch auf Bundesebene habe die SPD diese Forderung immer unterstützt und letztlich durchgesetzt, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Wiard Siebels.

„Wir sind zuversichtlich, dass wir uns im Ältestenrat des Landtages mit den anderen demokratischen Fraktionen auf die genaue Ausgestaltung einer solchen Befragung des Ministerpräsidenten einigen können und sind der festen Überzeugung, dass sie ein Gewinn für den Parlamentaris-

mus in unserem Bundesland sein kann.“ Schließlich sei Ministerpräsident Weil landauf landab mit seiner Diskussionsreihe „Auf ein Wort“ unterwegs. „Was spreche dagegen, dass er auch vom Parlament befragt werde?“ sagte Siebels weiter.

Erst kürzlich hatte auch der Rheinland-Pfälzische Landtag eine ähnliche Regelung diskutiert. Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) soll nun erstmals in der Dezember-Sitzung von den Abgeordneten befragt werden können, wie der der Ältestenrat inzwischen beschlossen hat. Der Landtag in Mainz muss einer solchen Abweichung von der Geschäftsordnung noch mit Zweidrittelmehrheit zustimmen. ■



IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG IN HANNOVER konnte der Abgeordnete Wiard Siebels aus Aurich gleich zwei Busgruppen aus seinem Wahlkreis willkommen heißen. Hier ist das dabei entstandene Foto als optischer Beweis. Für den Fotografen haben sich auf der großen Außentreppe des Landtagsgebäudes Mitglieder des SPD-Ortsvereins Großheide und eine Delegation der Polizeiinspektion Aurich-Wittmund platziert. Diese Reise nach Hannover war für die Teilnehmer besonders spannend, weil sie eine Rede des Abgeordneten Wiard Siebels im Plenum des Landtages von der Besuchertribüne aus live miterleben konnten.



IM RAHMEN SEINER SOMMERREISE besuchte Ministerpräsident Stephan Weil gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Wiard Siebels auch die Inseln Wangerooge und Norderney. Dort ließ er sich über den Fortschritt beim Bau der großen Stromtrassen durch das niederländische Staatsunternehmen TenneT informieren. Dass das Wetter auf einer Nordseeinsel ganz launisch sein kann, lässt sich an den unteren beiden Bildern gut ablesen . . .



EINE FAIRE KARENZREGELUNG FÜR AUSSCHIEDENDE LANDESMINISTER

„Die Debatte um das letztlich abgelehnte Jobangebot aus der Energiewirtschaft an unseren Umweltminister Olaf Lies hat verdeutlicht, dass es in Niedersachsen einer Regelung für den Übergang von einem Ministeramt in die Wirtschaft bedarf. Wir freuen uns, dass Olaf uns auch in Zukunft als Mitglied des Kabinetts erhalten bleibt. Gerade mit Blick auf die Herausforderungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, aber auch bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist das eine gute Nachricht für unser Bundesland.“ sagt der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels. Dennoch gebe es Regelungsbedarf für ähnlich gelagerte Fälle in der Zukunft. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sehe eine Karenzzeit von 18 Monaten nach Ausscheiden eines Ministers vor, in der das Land die Ausübung einer Tätigkeit untersagen kann, wenn sie einen Interessenkonflikt befürchtet. Das sei eine angemessene Spanne und orientiere sich an der Regelung auf Bundesebene. Darüber hinausgehende Auflagen würden letztlich ein Berufsverbot bedeuten, das vor Gericht keinen Bestand haben dürfte.

ERWEITERUNGSBAU DER STAATSANWALTSCHAFT IM PLAN

Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels hat auf Nachfrage beim Staatlichen Baumanagement erfahren, dass das Land damit rechnet, dass der Erweiterungsbau der Staatsanwaltschaft Aurich Anfang 2021 fertig gestellt werden kann. Daran würde sich noch eine etwa 8-monatige Umbauphase im Bestandsgebäude anschließen.

Der Bauauftrag für den Erweiterungsbau war bekanntlich am 18. Oktober vergangenen Jahres beim Staatlichen Baumanagement eingegangen. Zurzeit werde dort die Ausführungsplanung mit der anschließenden Erstellung des Leistungsverzeichnisses erarbeitet. Bekanntlich werden nach Fertigstellung des Neu-, Um- und Erweiterungsbaus 1.454 qm Nutzfläche sowie zusätzlich 870 qm Verkehrsfläche bereitstehen.

Und voraussichtlich können dann – wenn sich die Vergabe problemlos gestaltet – im 3. Quartal 2019 die ersten Aufträge vergeben werden. Der Start der Rohbauarbeiten ist für das 1. Quartal 2020 vorgesehen. Das Staatliche Baumanagement geht aktuell davon aus, dass mit den vorbereitenden Maßnahmen zu Beginn des 4. Quartals

2019 begonnen werden kann; hierunter sind das Herrichten des Geländes und erforderliche Abbrucharbeiten zu verstehen. Insgesamt handelt es sich bei der großen Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahme der Staatsanwaltschaft Aurich am Schlossplatz um ein Investitionsvolumen

von 8,4 Mio. Euro, wovon 161.060,- Euro auf den Grunderwerb entfallen. Bei der Staatsanwaltschaft Aurich sind 97 Personen beschäftigt. Die Stadt Aurich als Behördenstandort und insbesondere als Standort wichtiger Justizdienststellen werde mit der Baumaßnahme langfristig gestärkt. ■



DAS BLÜTENFEST WIESMOOR konnte in diesem Jahr mit der Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta (SPD) punkten. Darüber freuten sich auch Bürgermeister Friedrich Völler, Alt-Bürgermeister Alfred Meyer, MdB Johann Saathoff, MdL Wiard Siebels und der kommende Auricher Landrat und Noch-Bürgermeister Großbefehns, Olaf Meinen.

Fortsetzung von Seite 1

in Berlin auszuwählen.

Dabei werden unsere Mitglieder eingebunden, wie das bisher keine andere Partei in Deutschland gemacht hat. Gut so!

Streiten sollten wir uns darüber, wer die besten Bewerbertteams sind - aber bitte nicht darüber, wer von uns keine Zustimmung bekommt.

Denn nach dieser richtungsweisenden Entscheidung muss sich die Partei nach außen wenden und über die Themen diskutieren, die die Menschen in unserem Land bewegen:

Wie setzen wir mehr soziale Sicherheit durch - ob bei der Rente oder beim Lohn, wie bringen wir unser Bildungssystem voran, was tun wir gegen den Klimawandel, usw. usw.

Wenn wir uns als Partei geschlossen diesen Themen zuwenden und eine gemeinsame Position beziehen (natürlich auch dort, wo es mal umstritten ist), dann können wir Schritt für Schritt verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen.

Dafür sollten wir jetzt alle gemeinsam arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr


**WIARD
SIEBELS**

Niedersächsischer
Landtagsabgeordneter

**Impressum (V.i.S.d.P.):
Abgeordnetenbüro Siebels**

Dita Bontjer, Mitarbeiterin
Julianenburger Straße 33
26603 Aurich

Telefon: 04941 3387 u. 9806725
Telefax: 04941 9807462

eMail: buero@wiard-siebels.de

Newsletter Layout und Redaktion:
M. Galka, Aurich

Homepage:

www.wiard-siebels.de

**GUTE LAUNE**

ist eine Grundvoraussetzung für gute Beschlüsse; dass dieses Prinzip auch in der SPD-Landtagsfraktion gelebt wird, zeigt dieses Bild des Fraktionsvorstandes mit Frauke Heiligenstadt, dem parlamentarischen Geschäftsführer Wiard Siebels, der Vorsitzenden Johanne Modder und Ministerpräsident Weil.

30.000 EURO FÜR „GERMANIA“ WIESMOOR

Die SPD-geführte Landesregierung hat ein Programm zur Sanierung von Sportstätten in ganz Niedersachsen aufgelegt. Bis zum Jahre 2022 sollen insgesamt 100 Mio. Euro investiert werden, um den Sanierungstau an den kommunalen und vereins-eigenen Sportstätten abzubauen.

Unter den ersten 27 Fördergeldempfängern, die das Niedersächsische Innenministerium kürzlich bekannt gegeben hat und die damit bereits in diesem Jahr der

Fördermittel des Landes bekommen werden, ist auch der VfB „Germania Wiesmoor.

Der SPD-Abgeordnete Wiard Siebels erklärt dazu: „Ich freue mich außerordentlich, dass der VfB »Germania« für die Sanierung der vereinseigenen Duschen und Umkleidekabinen jetzt eine Landesförderung in Höhe von 30.000 € bekommt.“

Sport fördere die Gesundheit und trage entscheidend zu Integration und Teilhabe bei, so der Abge-

ordnete weiter.

Voraussetzung dafür sei jedoch, dass unsere Sportanlagen in einem guten Zustand sind. Vor diesem Hintergrund ermunterte er alle Kommunen und Vereine mit geplanten Bau- und Sanierungsmaßnahmen, bis zum 31. März 2020 einen Antrag auf Landesförderung zu stellen.

Im Übrigen, so Siebels, würden alle bisherigen Antragsteller weiter im Rennen bleiben und in einer nächsten Runde Berücksichtigung finden können. ■



GUTE LAUNE (s.o.) herrschte auch in der Sitzung des SPD-Bezirksvorstandes Weser-Ems. Im Bild (v.l.) die Beisitzerin und ehemalige Landtagsabgeordnete Katrin Wahlmann, der Landtagsabgeordnete, stellvertretenden Bezirksvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels, Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius, der gemeinsam mit Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping für den Vorsitz der Bundespartei kandidiert, und die Bezirksvorsitzende Weser-Ems und Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Johanne Modder aus Bunde.